

Kernforschungszentrum Karlsruhe:

Seit 50 Jahren: Atomare Helfershelfer

Im Juli 1956 gründete der Bundesminister für Atomfragen, Franz Josef Strauß, des Kernforschungszentrum Karlsruhe. Ein Politiker, der sogar die Atombombe für Deutschland wollte und gegen die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages durch Deutschland war. Gern greifen wir das aktuelle Motto des Kernforschungszentrums Karlsruhe auf: „Entdecken, was dahinter steckt!“ Denn der Gründungsauftrag blieb bis heute Programm: Atomare Erfüllungsgehilfen im Auftrag der Politik und vor allen Dingen der Atomindustrie.

☒ Dies belegt die gesamte Geschichte des Kernforschungszentrums. Bereits im April 1960 wurde die Projektgruppe „Schneller Brüter“ gegründet. 1961 erfolgte die erste Inbetriebnahme eines sog. Forschungsreaktors, sprich eines Atomkraftwerkes im Kleinformat. Dies zu einer Zeit, als Politik und Atomindustrie noch vom Jahrhundert des Atomzeitalters träumten und über 100 Atomkraftwerke in Deutschland bauen wollten.

☒ Das Kernforschungszentrum war bei allen zentralen Projekten der Atomindustrie vorne weg mit dabei. Auch bei der Errichtung einer sog. „Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für Versuchszwecke“ auf dem Gelände des Kernforschungszentrums im Jahre 1971. Die in Bayern geplante deutsche „Wiederaufarbeitungsanlage“, besser Plutoniumfabrik genannt, scheiterte in den 80er Jahren am Widerstand der Anti-AKW-Bewegung und konnte nicht gebaut werden. Die WAA im Kernforschungszentrum war dagegen bis 1990 in Betrieb und ist der Grund dafür, warum auf dem Gelände des Kernforschungszentrums 80 Tonnen hochgiftiger und hochradioaktiver Abfall lagern. Diese „Atom-suppe“ muß fortwährend umgerührt werden, damit sie nicht kritisch wird. Die hochradioaktiven Brennstäbe dazu stammen u. a. aus den Atomkraftwerken in Neckarwestheim und Phillipsburg. Die 80000 Liter Atomabfall enthalten 16,5 kg Plutonium und 500 kg Uran. Radioaktive Strahlung für hunderttausende von Jahren!



F.J. Strauß bei der
Gründung des
Kernforschungszentrum

- ☒ Die Kosten für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls lagen ursprünglich bei 1,1 Milliarden Euro. Die Hälfte davon sollte die Industrie zahlen, der Rest wiederum aus Steuergeldern kommen. Nun haben sich die Kosten auf mindestens 2,2 Milliarden verdoppelt, die Mehrkosten zahlen allein die Steuerzahler. Soweit ein Beispiel zum Thema billiger Atomstrom. Für die gesamte Entsorgung ist sowieso der Staat zuständig.
- ☒ Es gab zahlreiche Skandale im Zusammenhang mit dem Bau der Verglasungsanlage durch radioaktive Verstrahlungen und dem Diebstahl von Plutonium. Kritik an der Kostenexplosion und Zweifel an der Zuverlässigkeit der Betreiber. Deshalb wurde die atomare Wiederaufbereitungsanlage zum 1. Januar 2006 von der bundeseigenen Firma Energiewerke Nord übernommen.

Umweltfreundliche Zukunftsforschungen?

*„Seit Anfang 1994 ist das Aufgabenspektrum des Forschungszentrums in zwei Geschäftsbereiche unterteilt. Der Bereich „Forschung“ orientiert sich an **umweltschonenden Hochtechnologien**. Im zweiten eigenständigen Bereich „Stilllegung nuklearer Anlagen“ sind die Arbeiten zur Stilllegung und zum Rückbau kerntechnischer Anlagen sowie zur Behandlung radioaktiver Abfälle zusammengefasst.“ (Eigenwerbung)*

Kein einziger Forschungsbereich befasst sich mit umweltfreundlichen und regenerativen Energien. Warum wird in Karlsruhe nicht längst eine zukunftsweisende Grundlagenforschung beispielsweise zur Fotovoltaik gemacht, um das Sonnenlicht noch besser in elektrische Energie umsetzen zu können?

Nein, 3800 Beschäftigte, davon 1400 Wissenschaftler mit einem Jahresetat von weit über 300 Millionen Euro sind auch zukünftig lieber mit der Kernfusion beschäftigt. Befassen sich stattdessen mit „wesentlichen Systemen und Komponenten für ITER“, einer weiteren Großtechnologie zur Fortführung der atomaren Erzeugung von Strom.

Die Zukunft der Strom- und Energieerzeugung besteht nicht in Form der Weiterführung von technisch nicht beherrschbaren, gefährlichen und ineffektiven Kraftwerken. Regenerative Energien sind dezentral und effektiv. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe leistet dazu keinen Beitrag, sondern verschleudert Steuergelder für Steinzeitechnologien in Form von Unterstützungsforschung für Atom- und andere Großkraftwerke.



Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim

c/o Demokratisches Zentrum,
Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg
Infotelefon: 07141 - 90 33 63

<http://neckarwestheim.antiatom.de>